

In der Senatssitzung am 13. Juni 2023 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,
Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Datum: 01.06.2023

Vorlage für die Sitzung des Senats am 13.06.2023

Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die für Bau und Stadtentwicklung zuständige städtische Deputation

A. Problem

Jeweils zu Beginn der vergangenen Legislaturperioden hat die Stadtbürgerschaft bestimmte, ihr nach dem Baugesetzbuch (BauGB) obliegende Aufgaben, insbesondere im Zusammenhang mit den Bauleitplänen, auf die für Bau und Stadtentwicklung zuständige städtische Deputation übertragen.

Diese Übertragung von Aufgaben, die nicht zur endgültigen Gesetzgebung gehören (Artikel 148 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 2 und Artikel 105 Abs. 3 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen), hat sich bewährt. Sie ist geboten, um die Stadtbürgerschaft von derartigen Aufgaben zu entlasten und trägt zugleich zu einer Beschleunigung der nachfolgend genannten Bauleitplan- und sonstigen Satzungsverfahren bei. Damit die für Bau und Stadtentwicklung zuständige städtische Deputation diese Aufgaben auch in der Legislaturperiode 2023/2027 wahrnehmen kann, müssen sie ihr gemäß Artikel 129 der Landesverfassung übertragen werden.

B. Lösung

Die Stadtbürgerschaft beschließt, dass bestimmte Befugnisse, die von ihr zum Vollzug des BauGB wahrzunehmen sind, auf die für Bau und Stadtentwicklung zuständige städtische Deputation übertragen werden. Näheres ist der Mitteilung des Senats (Anlage) zu entnehmen.

C. Alternativen

Keine.

Die originäre Zuständigkeit der Stadtbürgerschaft kommt wegen der zuvor unter A. beschriebenen Nachteile nicht in Betracht.

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche Auswirkungen und Gender-Prüfung

Durch die Übertragung der Befugnisse auf die für Bau und Stadtentwicklung zuständige städtische Deputation entstehen keine finanziellen, personalwirtschaftlichen und genderspezifischen Auswirkungen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Nicht erforderlich.

Die Vorlage wurde der Senatorin für Justiz und Verfassung vorab zur Kenntnis übersandt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau vom 01.06.2023 die Mitteilung des Senats über die Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die für Bau und Stadtentwicklung zuständige städtische Deputation und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft.

Anlagen

- Mitteilung des Senats an die Stadtbürgerschaft

**Mitteilung des Senats
an die Stadtbürgerschaft
vom 13. Juni 2023**

Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die für Bau und Stadtentwicklung zuständige städtische Deputation

Jeweils zu Beginn der vergangenen Legislaturperioden hat die Stadtbürgerschaft bestimmte, ihr nach dem Baugesetzbuch (BauGB) obliegende Aufgaben, insbesondere im Zusammenhang mit den Bauleitplänen, auf die für Bau und Stadtentwicklung zuständige städtische Deputation übertragen.

Diese Übertragung von Aufgaben, die nicht zur endgültigen Gesetzgebung gehören (Artikel 148 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 2 und Artikel 105 Abs. 3 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen), hat sich bewährt. Sie ist geboten, um die Stadtbürgerschaft von derartigen Aufgaben zu entlasten und trägt zugleich zu einer Beschleunigung der nachfolgend genannten Bauleitplan- und sonstigen Satzungsverfahren bei. Damit die für Bau und Stadtentwicklung zuständige städtische Deputation diese Aufgaben auch in der Legislaturperiode 2023/2027 wahrnehmen kann, müssen sie ihr gemäß Artikel 129 der Landesverfassung übertragen werden.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen empfiehlt demzufolge der Stadtbürgerschaft, folgenden Beschluss in der konstituierenden Sitzung der Bremischen Bürgerschaft zu fassen:

Die Stadtbürgerschaft überträgt gemäß Artikel 148 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 2 und Artikel 105 Abs. 3 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen die folgenden ihr nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zustehenden Befugnisse auf die für Bau und Stadtentwicklung zuständige städtische Deputation:

1. die Befugnis zur Beschlussfassung über die Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen im Sinne von § 1 Abs. 2 BauGB (Planaufstellungsbeschlüsse gemäß § 2 Abs. 1 BauGB);
2. die Befugnis über das Absehen von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 Satz 3 BauGB);
3. die Befugnisse zur Zustimmung zu den von der Verwaltung ausgearbeiteten Entwürfen von Bauleitplänen im Sinne von § 1 Abs. 2 BauGB und zur Beschlussfassung über deren Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB);
4. die Befugnis, bei einer erneuten Auslegung zu bestimmen, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können sowie die Befugnis zur angemessenen Verkürzung der Auslegung und der Frist zur Stellungnahme (§ 4a Abs. 3 Satz 2 und 3 BauGB);
5. die Befugnis über die Entscheidung auf Einleitung eines Satzungsverfahrens über einen Vorhaben- und Erschließungsplan auf den Antrag eines/r Vorhabenträgers/in (§ 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB);
6. die Befugnis zur Zustimmung zum Wechsel des Vorhabenträgers (§ 12 Abs. 5 BauGB);
7. die Befugnis zur Entscheidung über die Durchführung des vereinfachten Verfahrens bei der Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes wegen nicht erfolgter Durchführung (§ 12 Abs. 6 BauGB);
8. die Befugnis, für die Änderung oder Ergänzung eines Bauleitplanes das vereinfachte Verfahren gemäß § 13 BauGB zu wählen;

9. die Befugnis zur Entscheidung über die Aufstellung, Änderung und Ergänzung eines Bebauungsplanes der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren (§ 13a Abs. 1 und 4 BauGB);
10. die Befugnis zur Beschlussfassung über eine Veränderungssperre im Sinne § 14 Abs. 1 BauGB gemäß § 16 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 17 BauGB;
11. die Befugnis zur Einleitung eines Verfahrens zum Erlass von Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 3 in Verbindung mit Abs. 6 Satz 1 BauGB;
12. die Befugnis zur Bestimmung der Ziele und Zwecke der Sanierung (§ 140 Nr. 3 BauGB);
13. die Befugnis zum Beschluss über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen bei einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme (§ 141 Abs. 3 BauGB) sowie über das Absehen davon (§ 141 Abs. 2 BauGB);
14. die Befugnis zum Beschluss der Frist, innerhalb derer die Sanierung durchgeführt werden soll und ggf. die Verlängerung dieser Frist (§ 142 Abs. 3 Satz 3 und 4 BauGB sowie § 235 Abs. 4 in Verbindung mit § 142 Abs. 3 Satz 3 und 4 BauGB);
15. die Befugnis zum Beschluss über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen bei einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme sowie über das Absehen davon (§ 165 Abs. 4 in Verbindung mit § 141 Abs. 2 und 3 BauGB);
16. die Befugnis zum Beschluss über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen für Anpassungsgebiete im Zusammenhang mit städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen (§ 170 Satz 3 in Verbindung mit § 141 Abs. 3 BauGB);
17. die Befugnis zur Festlegung eines Gebietes, in dem Stadtumbaumaßnahmen durchgeführt werden sollen (§ 171b Abs. 1 BauGB);
18. die Befugnis zur Beschlussfassung über die Aufstellung einer Satzung im Sinne von § 171d Abs. 1 BauGB (Satzungsaufstellungsbeschluss gemäß § 171d Abs. 2 BauGB);
19. die Befugnis zum Beschluss eines Gebietes, in dem Maßnahmen der Sozialen Stadt durchgeführt werden sollen (§ 171e Abs. 3 BauGB);
20. die Befugnis zum Beschluss über die Aufstellung einer Erhaltungssatzung (§ 172 Abs. 1 und 2 BauGB).

Beschlussempfehlung:

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die für Bau und Stadtentwicklung zuständige städtische Deputation.